

# PISA-Forscher belegt: CDU-Landesregierung auf dem falschen Weg

**P**isa-Forscher Andreas Schleicher äußert sich im Bonner Generalanzeiger: „Deutschlands Bildungssystem setzt auf frühe Auslese und, damit verbunden, auf einförmigen Unterricht in möglichst leistungshomogenen Lerngruppen. Die Zukunft braucht einen konstruktiven und individuellen Umgang mit Leistungsunterschieden und Begabungen, offene und integrierte Lernangebote, die unterschiedlichen Interessen, Fähigkeiten und Lebenssituationen gerecht werden. In einer Zeit, in der lebensbegleitendes Lernen zum Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit geworden ist, kann es sich niemand leisten, Schüler früh auf fest-



gefügte Bildungsstrukturen festzulegen, sondern es gilt, ihnen durch individuelle Förderung Perspektiven für die Gestaltung ihrer eigenen Zukunft zu eröffnen. Die Schulen in Ländern wie Finnland sind das Urbild von Liberalität, in denen Lehrer und Schu-  
len Verantwortung für alle Schüler übernehmen. Hier gelingt es, sowohl Schwächen und Benachteiligungen auszugleichen, als auch Talente zu finden und zu fördern. Im Gegensatz dazu werden bei uns Schubladen und homogene Leistungsgruppen geschaffen. Damit schafft man Gleichmacherei. Mit der fatalen Folge, dass es Schülern sowohl peinlich ist, schlecht als auch gut zu sein.“

## Kleine Klassen- Große Erfolge!

Kinder, die während der Grundschule in kleinen Klassen unterrichtet werden, erreichen später bes-



sere Schulabschlüsse. Dies ergab eine großangelegte Untersuchung von Wissenschaftlern der University Buffalo im Bundesstaat New York. Das überraschende Ergebnis: Von den Kindern, die im Grundschulalter vier Jahre lang in einer kleinen Klasse gelernt hatten, erreichten 15 Prozent mehr einen High-School-Abschluss. Bei Schülern aus ärmeren Familien war der Effekt sogar besonders groß: Bei ihnen stieg die Schulabschlussrate um 25 Prozent.

## Klagewelle gegen Schulkahlschlag rollt

SPD und Grüne haben eine Klage gegen die so genannte „Grundschulreform“ der CDU-Landesregierung eingereicht. Parallel fechten die Landesinitiative Rettet die Grundschulen zusammen mit der LEV Grundschulen die Ablehnung ihres Volksbegehrens an. Auch mehrere Kommunen wollen den Klageweg beschreiten, weil die Grundschulschließungen sie erheblich finanziell belasten werden. Somit haben der Verfassungsgerichtshof und die Verwaltungsgerichte Einiges zu tun. Vergeblich haben Eltern und Unterstützer an die Vernunft der Regierung appelliert, die alte Struktur solange beizubehalten, bis die schwebenden Verfahren abgeschlossen sind.

## Echte Schulmitbestimmung von der Landtagsmehrheit nicht gewollt!

Der Vorsitzende der LEV Grundschulen, Jörg Dammann, hatte bei den im saarländischen Landtag vertretenen Parteien angeregt, das Schulmitbestimmungsgesetz zu novellieren. Die Grünen brachten einen entsprechenden Antrag ins Plenum ein. Dieser wurde mit den Stimmen der CDU-Mehrheit und der FDP-Fraktion abge-

lehnt. LEV-Vorsitzender Jörg Dammann wörtlich: „Ich bedanke mich im Namen der saarländischen Elternvertreter bei den Grünen und der SPD. Leider ist eine echte Mitbestimmung von der Landtagsmehrheit nicht gewollt. Somit verdient das Schulmitbestimmungsgesetz auch nicht seinen Namen“.

## Landesregierung ignoriert Eltern

In einem Kriterienkatalog fordert die LEV Grundschulen Nachbesserungen an der Grundschulreform. Von Busbegleitern, über Sicherheit in den Bussen und an den Haltestellen bis hin zu Korrekturen bei der Stundentafel. Statt zügig zu reagieren geht die Landesregierung auf Tauchstation. Ein Schreiben an Ministerpräsident Peter Müller blieb genauso unbeantwortet

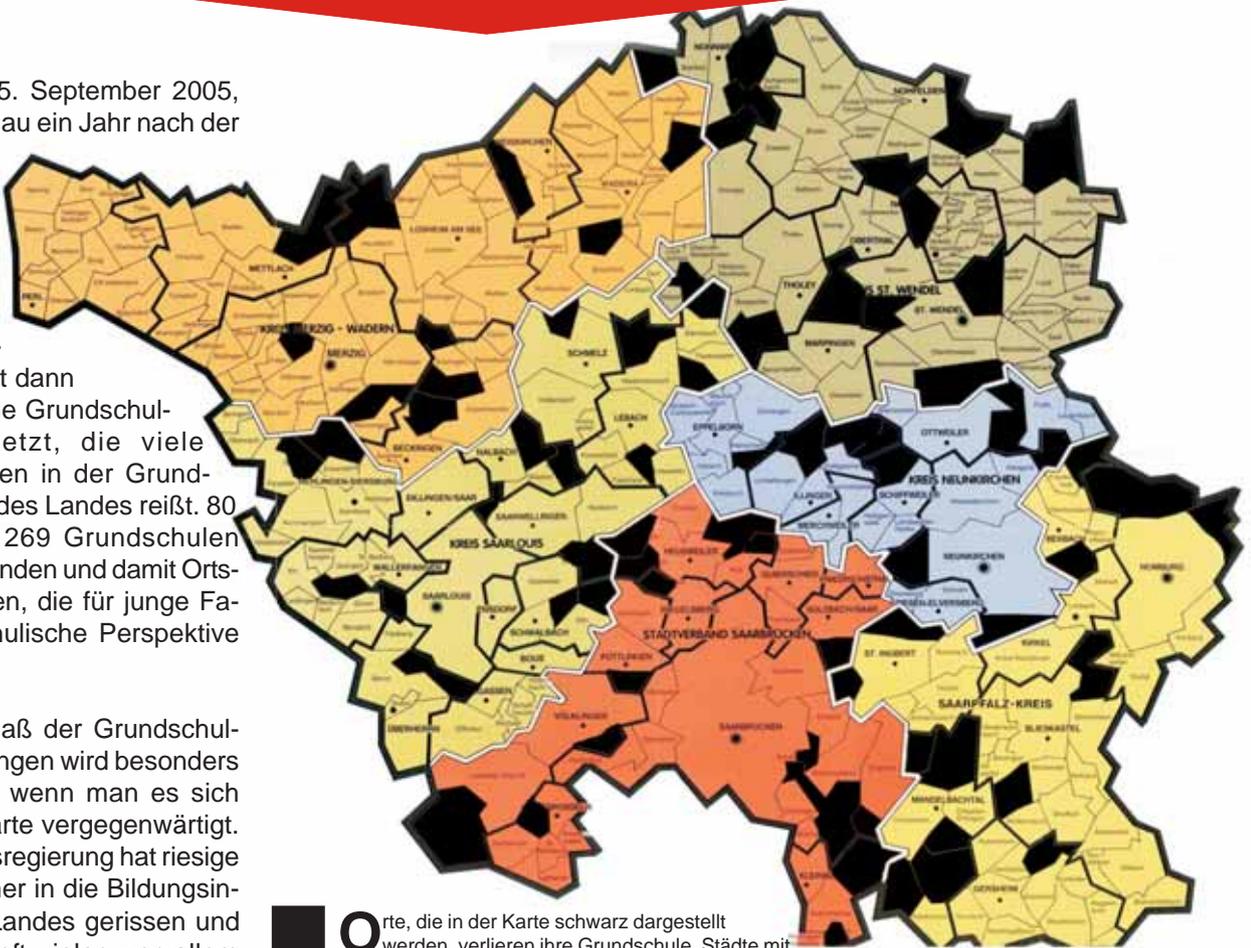
wie Briefe an den Bildungsminister und den Bildungsausschuss des Landtages. Auch die LEV's der anderen Schulformen sind sauer. Ihre Stellungnahmen auf Anordnungen und Gesetzeseingaben wurden bisher immer ignoriert. So würdigt die Landesregierung das Ehrenamt und demonstriert die viel beschworene Bürgernähe

# So wird sich unsere Grundschullandschaft verändern

**KAHLSCHLAG!**

**M**it dem 5. September 2005, fast genau ein Jahr nach der Landtagswahl, ist die Schullandschaft im Saarland erheblich verändert. Die saarländische Landesregierung hat dann ihre vermeintliche Grundschulreform umgesetzt, die viele schwarze Flecken in der Grundschullandschaft des Landes reißt. 80 von insgesamt 269 Grundschulen werden verschwinden und damit Ortsteile zurücklassen, die für junge Familien keine schulische Perspektive bieten.

**D**as Ausmaß der Grundschulschließungen wird besonders deutlich, wenn man es sich anhand einer Karte vergegenwärtigt. Die CDU-Landesregierung hat riesige „schwarze“ Löcher in die Bildungsinfrastruktur des Landes gerissen und damit der Zukunft vieler, vor allem ländlicher, Ortsteile keinen guten Dienst erwiesen.



**O**rte, die in der Karte schwarz dargestellt werden, verlieren ihre Grundschule. Städte mit Grundschulschließungen sind anteilig schwarz dargestellt. Nicht berücksichtigt sind Orte, die jetzt schon keine Grundschule mehr haben.

Grafik: Landesinitiative Rettet die Grundschulen

## Kahlschlag auch bei weiterführenden Schulen?

Alarmierender Jahresbericht der Arbeitskammer des Saarlandes

**D**ie Arbeitskammer des Saarlandes hat in ihrem Jahresbericht 2005 an die Landesregierung prognostiziert, auch bei weiterführenden Schulformen drohe ein Kahlschlag. Dabei nennt die Kammer die gefährdeten Standorte ab 2010 und 2015, beschreibt die Folgen für Bildung sowie Kommunen und stellt Forderungen auf. Für den Zeitraum ab 2010 sieht sie allein 23 Schulen gefährdet (19 erweiterte Realschulen, 2 Gesamtschulen, 2 Gymnasien); ab 2015 kommen weitere 15 hinzu (11 erweiterte Realschulen, 1 Gesamt-

schule, 3 Gymnasien). Die Eltern von der Landesinitiative Rettet die Grundschulen hat der Bericht alarmiert. „Werden unsere Kinder später wieder von nachteiligen Strukturänderungen betroffen sein?“, fragten sie den Bildungsminister und wollten Aufschluss darüber, welche Veränderungen er ins Auge fasst bzw. wie er die Entwicklung in Angriff nehmen bzw. gestalten will. Schon heute haben sie ihm mitgeteilt, dass sie es



für unabdingbar halten, dass die Eltern - auch die von Grundschulkindern - frühzeitig an konzeptionellen Überlegungen beteiligt werden.

**R**unde Tische in den Schulregionen, an denen Bildungsministerium, Schulträger, betroffene Gemeinden, Schulleiter sowie Lehrer und Eltern zusammenwirken, sollten sich frühzeitig mit den Reaktionen auf die demographische Entwicklung beschäftigen. Keine Antwort bisher von der CDU-Landesregierung seit Ende Juni 2005!

## **IM SCHWEINSGALOPP DURCH DEN LANDTAG**

### **Ein Gesetz im Eilverfahren - Aus Angst vor den eigenen Bürgern?**

Selten hat in der Geschichte des Saarlandes eine Gesetzesänderung in dieser Windeseile das Parlament passieren müssen wie vor den Sommerferien die Umsetzung des Kahlschlages bei den Grundschulen. Die Landesregierung legte in diesem Verfahren größten Wert darauf, mit der Änderung des Schulordnungsgesetzes noch vor Ablauf der Frist für die Zulassung des Volksbegehrens Fakten zu schaffen, um die Bemühungen der Eltern zu torpedieren, ihre Schulen mit einem Volksbegehren zu retten.

# **CDU-Landesregierung spart auf dem Rücken der Kinder!**

**Doch die Kinder zeigen  
der Regierung die Zähne**



**D**ie CDU-Landesregierung spart an 40 % der Grundschulen im Saarland: 80 geschlossen und 27 weitere zu unselbständigen Dependancen abgestuft. Vordergründig versucht Bildungsminister Schreier dies als Maßnahme zur Qualitätsverbesserung zu verkaufen. In Wirklichkeit geht es aber um die Ersparnis mehrerer Millionen Euro auf dem Rücken der saarländischen Kinder. Eltern und Kinder der betroffenen Schulen protestieren seit Monaten. Weit über 10.000 Demonstranten vor dem Land-

tag! Weit über 30.000 Beteiligte beim Antrag auf ein Volksbegehren! 76 % der Saarländerinnen und Saarländer sind gegen den größten Kahlschlag bei den Grundschulen in der Geschichte des Landes! Ein großes bürgerliches und politisches Bündnis aus Elterninitiativen, DGB mit allen seinen Einzelgewerkschaften – darunter die GEW, von Arbeiterwohlfahrt, Landjugendring, den Studentenausschüssen der Hochschulen, von Naturfreunden, Lehrerinnen- und Lehrerverband, von SPD, DIE GRÜNEN, FDP, die WASG, die Familienpartei

und Die Grauen tritt dagegen auf. Ortsräte, Gemeinde- und Stadträte, Ortsvorsteher und Bürgermeister wollen ihre Schulen erhalten, denn auch für die betroffenen Orte haben die Pläne der CDU weit reichende Folgen. Künftig müssen bereits kleine Kinder Strecken mit dem Bus zurücklegen, um früh morgens zur Schule zu kommen. Große Klassen und weniger Lehrer mit höheren Belastungen sind weitere Folgen. Aber auch ernste wirtschaftliche Probleme für die betroffenen, vor allem ländlichen Gebiete werden nicht ausgeschlossen.

**Eltern legen eigenes Konzept zum Erhalt der Grundschulen vor!**

# Schule machen statt Schule schließen!

Schulen den Orten bewahren, sie zu Kinderbildungs- und Kulturzentren weiterentwickeln, kleine Lerngruppen und Klassen für kleine Kinder, Modellregion für Ganztagschulen werden – und trotzdem sparen sowie Schulqualität verbessern können! Das ist die Alternative, welche die Landesinitiative Rettet die Grundschulen vorgelegt hat. Ein Schülerrückgang um 15 % vom Schuljahr 2004/2005 bis 2010/2011 rechtfertigt nach Auffassung der Eltern keinen Abbau der Schulstruktur, der 40 % der Grundschulen umfasst.

**E**s gibt Alternativen zu den Plänen von Bildungsminister Jürgen Schreier (CDU). Mit ihrem Gegenkonzept hat die „Landesinitiative Rettet die Grundschulen“ dies inzwischen belegt. „Unser Land wird sich in dem Maß entwickeln, wie es gelingt, Orte zu kultivieren, an denen Wissen, Kompetenzen und Ideen gedeihen“, betonte ihr Sprecher Bernhard Strube. Energie, Zeit und Geld, die das Zerschlagen von Strukturen und der Aufbau an anderer Stelle kosten, sollten besser für Qualitätssteigerung aufgebracht werden. Kriterien, die in der Wissenschaft die Qualität von Grundschulen ausmachen, seien im Saarland gegeben, nämlich Wohnortnähe bzw. kurze Wege, kleine Klassen. Aber auch Zeit für individuelle Förderung und didaktisch-methodische Neuerungen, aktive Einbeziehung der Eltern und ein lebendiges Schulleben innerhalb der Gemeinde. Kindergärten und Schulen sind – neben dem Elternhaus – der Ausgangsort von Kindern ins Leben. Dort, in der



Viele tausend Menschen demonstrierten gegen den Bildungsabbau im Saarland

Kultur ihres Gemeinwesens, sollen sie ihre Wurzeln finden. Ihr Lernen soll in einem überschaubaren sozialen Rahmen beginnen, der ihnen Geborgenheit und Heimatlichkeit vermittelt. Dass kleine, ortsnahе Grundschulen ausgezeichnete Möglichkeiten bieten, Erziehung und Unterricht besonders kindgerecht und zeitgemäß zu gestalten, ist durch Studien hinreichend belegt. Das gilt auch dann, wenn es notwendig ist, Klassenstufen zusammenzufassen und jahrgangsübergreifenden Unterricht zu organisieren. Fast 14 Mio. Euro ließen sich so für Qualitätsverbesserung und dem Schülerrückgang angemessene Personaleinsparungen verfügbar machen.

**A**n Runden Tischen haben Eltern begonnen, gemeinsam mit Gemeinden, Kirchen und Schulleitungen nach Wegen zu suchen, Erziehung, Bildung und Betreuung in einem Kinderbildungszentrum

zusammenzuführen. Das Zentrum könnte zum Mittelpunkt der örtlichen Kultur weiterentwickelt werden, wenn Träger der Jugendhilfe und sozialen Arbeit, wenn sportlich und kulturell tätige Vereine, wenn ansässige Berufe und Betriebe sowie Künstler einbezogen würden. Dort ließe sich auch ein sinnvolles Miteinander von Jung und Alt gestalten. Ein solcher Mittelpunkt stärkt die kulturelle, soziale und wirtschaftliche Lebensfähigkeit des Gemeinwesens.

**S**chule ist schwieriger geworden. Unordnung und Unzufriedenheit haben zugenommen, Merkfähigkeit und Konzentration nachgelassen. Wissenschaftliche Erkenntnisse belegen einen direkten Zusammenhang zwischen Klassengröße und virulent werdenden Problemen bei Lernprozessen. Deshalb sprechen sich die Eltern im Saarland für die Beibehaltung kleiner Klassen aus.